



NR°1

Januar 2022

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: zvg

## PROFIT ODER JUGENDSCHUTZ?

Das neue Tabakproduktegesetz sollte den Tabakkonsum in der Schweiz verringern sowie den Kinder- und Jugendschutz stärken. Doch was im Herbst 2021 nach 6-jährigem parlamentarischen Hin und Her bezüglich Werbeeinschränkungen verabschiedet wurde, war lediglich für die Tabakindustrie ein Sieg. Ein wirksamer Jugendschutz blieb weitgehend auf der Strecke. Jetzt ruhen die Hoffnungen auf der Initiative «Kinder ohne Tabak».

A.Z.B.  
3001 Bern

Tabakkonsum ist die häufigste vermeidbare Todesursache in der Schweiz und eines der massivsten Probleme für die öffentliche Gesundheit. Mehr als zwei Millionen Menschen rauchen, jedes Jahr sterben 9500 davon an den Folgen. Jährlich (!) entstehen drei Milliarden Gesundheitskosten sowie zwei Milliarden Verluste für die Wirtschaft. Und das Schlimmste: Beinahe 60 Prozent aller Raucherinnen und Raucher haben bereits als Minderjährige mit dem Rauchen angefangen. Tabakkonzerne ködern gezielt junge, beeinflussbare Jugendliche an Konzerten und Festivals, in Gratiszeitungen, Internet und Social Media. Denn wer jung zu rauchen anfängt und nikotinabhängig wird, wechselt später meist nicht mehr die Marke. Und praktisch

alle Studien belegen: Je mehr Kinder und Jugendliche Tabakwerbung ausgesetzt sind, desto häufiger fangen sie an, Tabak zu konsumieren.

2004 unterzeichnete der Bundesrat die WHO-Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakgebrauchs. 17 Jahre sind seither vergangen, ohne dass die Schweiz – als eines der wenigen Länder in Europa – diesen Vertrag ratifizieren konnte. Alle Versuche, die darin zugesagten Gesetzesanpassungen zum Schutz Jugendlicher vor Tabakwerbung umzusetzen, scheiterten am Widerstand der Tabaklobby und deren Vertreter im Parlament. Zur Erinnerung: Drei der vier weltweiten Tabakmultis haben ihren Hauptsitz oder einen wichtigen Standort in der Schweiz. Auch der erste Entwurf des aktuellen Ta-

bakproduktegesetzes wurde 2016 wegen «zu weitreichender» Werbeeinschränkungen zurückgewiesen. Der altbekannte Zielkonflikt trat offen zutage: Profitmaximierung der Tabakindustrie versus Gesundheitsprävention und wirksamer Jugendschutz. Auch das neue Gesetz erlaubt weiterhin Werbung in Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet, d.h. auf allen Social Media-Kanälen sowie an Festivals – also genau jene Werbearten, die besonders viele Jugendliche erreichen. Es bremst damit den Kinder- und Jugendschutz faktisch aus. Und: Die Schweiz kann die WHO-Konvention auch weiterhin nicht unterschreiben. Die Initiative «Kinder ohne Tabak» fordert deshalb einen lückenlosen Schutz der Jugend vor Tabakwerbung. (dm)

**POTENZIAL NUTZEN** 4 – 5

In Sachen Soziales Unternehmertum ist die Schweiz rückständig. Sozialunternehmende zeigen, wie es geht.

**JUGEND SCHÜTZEN** 8

Tabakwerbung will Jugendliche zu Rauchern machen. Deshalb braucht es endlich echten Jugendschutz.

**NETTO-NULL ERREICHEN** 12

Das Klimaziel Netto-Null ist technisch machbar. Und vor allem: Es ist alternativlos.

## EDITORIAL



Foto: Rebekka Suter

### LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Zum Jahreswechsel ist es eine schöne Tradition, gegenüber Menschen, die man mag oder denen man begegnet, Wünsche auszusprechen. Bundespräsident Ignazio Cassis zum Beispiel wünschte in seiner Neujahrsansprache zum Schluss jedem von uns Gesundheit, Entschlossenheit und Zufriedenheit. Eine schöne Wunschnachricht erhielt ich selbst von unerwarteter Seite: «Hab' weiterhin so viel Power, Engagement und Menschlichkeit, wie du es bis jetzt schon an den Tag legst.» Häufig sind es auch Sätze, die einem das Beste wünschen oder einen segnen.

Zu Weihnachten hatten Marianne Streiff, Nik Gugger und ich eine Karte mit folgendem Bibelvers an diverse Personen verschickt: «Als Sie den Stern sahen, war ihre Freude gross.» (Matthäus 2,10) Warum erwähne ich das? Weil der damit verbundene Wunsch für die Kartenadressaten auch mein Wunsch für Sie alle ist, die Sie gerade das AKZENTE lesen: Dass jeder und jede von Ihnen, von euch im Jahr 2022 immer wieder solche «Sternenmomente» erleben darf. Sternenmomente, die wir symbolisch für uns übertragen können. Vielleicht gerade dann, wenn die Umstände in diesem Moment nicht einfach sind, denn das waren sie zur damaligen Zeit auch nicht. Aber dieser Sternenmoment damals schenkte ihnen Freude und solche Momente sollen dies auch in unserem Leben tun.

Dieser Stern damals war etwas Besonderes und Berührendes. Er war auch ein Hoffnungsschimmer und Wegweiser für die drei Weisen. Hoffnungsschimmer sein - das wäre ein weiterer Wunsch von mir für uns. Jeder und jede hat dazu seine Möglichkeiten. Herausforderungen gibt es genügend. Ich denke da zum Beispiel an die Erfinder meines neuen Snowboards, das aus recycelten Materialien und mit erneuerbaren Energien hergestellt wurde. Die grossen Klimafragen sind damit nicht gelöst. Aber die Firma hat den ihr möglichen Beitrag dazu geleistet. Ich denke da aber auch an Menschen, die andere begleiten oder sich für sie einsetzen, die selber keine Hoffnung mehr haben.

Auch als Partei haben wir die Möglichkeit, Hoffnungsschimmer zu sein. Das ist ein Grund, warum wir überhaupt existieren - und weshalb es uns braucht: Eine Partei, die bei allen Herausforderungen die Verantwortung nicht von sich weist und zu Lösungen beitragen möchte.

Herzlich

*L. Studer*  
Lilian Studer

## IMPRESSUM

**AKZENTE:** Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)  
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr  
**Herausgeber:** EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch  
**Chefredaktion und Grafik:** Dirk Meisel (dm)  
**Adressen und Aboverwaltung:** Sara Schnegg

**Druck und Vertrieb:** Jordi AG, Belp  
**Copyright:** Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.  
**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:** Markus Baumgartner, Florian Glaser, Nik Gugger, Timon Hofmänner, Dirk Meisel (dm), Philippe Messerli (pm), Alexander Möller, Barbara Müller, Roman Rutz (rr), Sara Schnegg (Lektorat), Daniel Sommer, Barbara Stotzer-Wyss, Lilian Studer, Dominic Täubert, Tania Woodhatch, Lukas Zimmermann  
**Herzlichen Dank allen!**

## PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 27. November 2021 online für die Abstimmungen vom 13. Februar 2022:

 **Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»** **JA**

 **Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien** **JA**

 **Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben** **NEIN**

 **Volksinitiative «Ja zum Tier und Menschenversuchsverbot»** **NEIN**

## EVP SOCIAL MEDIA

 facebook.com/evppev  
 @evppev  
 evppev

**ClimatePartner**  
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071

## PROSPERITA

Die christlich-ethische Pensionskasse

			
<b>Markus Krauss</b> Geschäftsführer Goldschmiede Krauss	<b>Michael Geissbühler</b> Geschäftsführer PVT Solar AG	<b>Ruth Zimmerli</b> Augenoptikermeisterin Woods Optik AG	<b>Jürgen Wehmann</b> Coach Stiftung Wendepunkt

**Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.**

[www.prosperita.ch](http://www.prosperita.ch)

Anzeige



**Zugfahrt des Lebens**

Das Leben ist wie eine Zugfahrt. Wir steigen in diesen Zug ein, wenn wir geboren werden und unsere Eltern sind diejenigen, die unsere Fahrkarte bekommen... An irgendeinem Bahnhof werden sie jedoch aussteigen und uns auf dieser Reise allein weiterfahren lassen... Im Laufe der Zeit steigen andere Fahrgäste zu, von denen manche uns viel bedeuten – unsere Geschwister, Freunde, Kinder und sogar die Liebe unseres Lebens... Viele werden während der Fahrt auch wieder aussteigen und eine bleibende Lücke in unserem Leben hinterlassen. Diese Zugfahrt wird voller Freude, Trauer, Fantasie, Erwartungen, Hallo und Abschied sein... Eine gute Reise bedeutet, zu helfen, zu lieben und eine gute Beziehung zu allen Mitreisenden zu pflegen... Gut zu wissen, dass wir dabei nie allein auf uns gestellt sind in unserem Bemühen, denn Jesus steht uns Tag für Tag zur Seite. Das Geheimnis dieser fabelhaften Reise ist: Wir wissen nicht, an welcher Station wir eines Tages selbst aussteigen werden... Danke, dass Sie, dass Du im 2021 einer der wichtigen Fahrgäste in meinem Zug warst... und wenn mein Bahnhof kommt... möchte ich es nicht verpasst haben, «Danke» gesagt zu haben. So vertraue ich auf ein tolles und gesegnetes 2022 und freue mich weiterhin mit Ihnen, mit Dir im Zug der EVP unterwegs zu sein.

**NIK GUGGER, NATIONALRAT, VIZEPRÄSIDENT EVP CH**  
[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)

Fotos: zVg

**SCHUTZ VOR EINSTIEG INS RAUCHEN**

Tabakwerbung und Tabakkonsum von Kindern und Jugendlichen verursachen langfristig viel Leid bei den Betroffenen und ihren Angehörigen sowie hohe Kosten für das Schweizer Gesundheitswesen. Eine zentrale Ursache für mehr Tabakkonsum ist die Tabakwerbung. Die Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» will hier einen Riegel schieben. Der Kinder-Lungenspezialist Prof. Dr. med. Alex Möller stellt sich kritischen Fragen.



**Prof. Dr. med. Alexander Möller**, Pädiatrie, pädiatrische Pneumologie, Schlafmedizin (SSSSC) / Leitender Arzt; Leiter Abteilung Pneumologie, CF Zentrum, Kinder-Schlafzentrum, Universitäts- Kinderspital Zürich

**Herr Möller, warum braucht es aus Ihrer Sicht die Volksinitiative «Kinder ohne Tabak»?**

Kinder und Jugendliche sollen sich gesund entwickeln können. Die wirkungsvollste Tabakprävention ist es, Kinder und Jugendliche davor zu bewahren, überhaupt mit dem Rauchen anzufangen. Und um das zu erreichen, muss Tabakwerbung in der Schweiz endlich eingeschränkt werden. Es gibt in der Schweiz bis heute keinen effektiven, gesetzlich verankerten Jugendschutz gegen Tabakwerbung. Hier setzt die Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» an.

**Die Initiative will Werbung für Tabak verbieten, «die Kinder erreicht». Was ist damit konkret gemeint?**

Werbung für Tabakprodukte soll nur noch dort erlaubt sein, wo sichergestellt ist, dass sie Kinder und Jugendliche nicht erreicht. Das tut sie aber besonders leicht z.B. auf Social Media oder bei Direktwerbung vor Ort und beim Sponsoring. Jugendliche reagieren schnell auf Verkaufsförderungsmaßnahmen wie Rabatte, Wettbewerbe und Sponsoring. Deshalb soll auch das Sponsoring von Events, an denen

Minderjährige teilnehmen und die Abgabe von Mustern an Jugendliche verboten werden.

**Ist der Tabakkonsum bei Jugendlichen in der Schweiz überhaupt noch ein Problem? Augenscheinlich scheint der Tabakkonsum bei Jugendlichen doch zu stagnieren.**

Das trifft leider nicht zu. Fast ein Viertel der 17-Jährigen raucht gelegentlich oder regelmässig Tabakprodukte. Der Tabakkonsum Jugendlicher hat in den letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen sogar wieder zugenommen. Zudem locken vermehrt die neuen Produkte, welche die Tabakindustrie auf den Markt bringt. Für eine erfolgreiche Tabakprävention ist es jedoch zentral, dass gar nicht erst mit dem Rauchen angefangen wird.

**Hat Werbung wirklich Einfluss auf das Rauchverhalten von Kindern und Jugendlichen?**

Der Zusammenhang zwischen Tabakwerbung und Konsumverhalten generell und bei Jugendlichen ist durch zahlreiche Untersuchungen wissenschaftlich belegt. Tabakwerbung erhöht die Gesamtnachfrage. Dies gilt auch für Verkaufsförderungsmaßnahmen wie Rabatte, Wettbewerbe und Sponsoring. Tabakwerbung unterminiert die Tabakpräventionsmaßnahmen nachhaltig. Kinder und Jugendliche können zudem den manipulativen Charakter von Werbung zu wenig einschätzen und haben kaum die Möglichkeit, zur Tabakwerbung auf Distanz zu gehen. Insbesondere sind sie für Werbebotschaften empfänglich, die Traumwelten, Coolness, Erfolg und Sexappeal suggerieren, die Freiheit versprechen und Rauchen als Freizeitvergnügen darstellen.

**Funktionieren denn andersherum Werbeeinschränkungen für Tabak in den Ländern, die diese eingeführt haben?**

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass durch Werbeeinschränkungen der Tabakkonsum in der Bevölkerung und insbesondere bei Jugendlichen deutlich gesenkt werden kann. Gute Beispiele dafür sind Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, und England.

**An den meisten Orten ist Tabakwerbung, die sich an Personen unter 18 Jahren richtet, schon lange verboten. Was will denn die Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» noch mehr?**

Die Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten ist noch immer omnipräsent. Und nicht in erster Linie bei den klassischen Medien wie Kino und TV. Beispielsweise in den Verkaufsstellen, wo Tabakwerbung auf Augenhöhe von Kindern gleich neben den Süßwaren platziert wird. Eine grosse Rolle spielen auch Gratiszeitungen, das Internet und dort z.B. Onlineportale, wo Anzeigen umgeben von redaktionellem Text erscheinen sowie die Social Media-Kanäle – alle für Kinder und Jugendliche zugänglich. Im Kino ist Tabakwerbung übrigens gerade mal in zwei Kantonen verboten.

**Befürwortet denn die Schweizer Bevölkerung ein Tabakwerbeverbot?**

Laut einer Umfrage des BAG befürwortet eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine Verstärkung der strukturellen Massnahmen zur Tabakprävention: 64 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren unterstützen ein generelles Tabakwerbeverbot, auch für die Verkaufsstellen. 63 Prozent heissen ein allgemeines Verbot des Sponsoring von Kultur- und Sportanlässen durch die Tabakindustrie gut.

**INTERVIEW: SANDRA HÜGLI-JOST, KOMMUNIKATIONSBEAUFTRAGTE MFE – HAUS- UND KINDERÄRZTE SCHWEIZ**

## «DIE SCHWEIZ HAT NOCH NICHT EINMAL ERKANNT, WAS FÜR EIN GROSSES POTENZIAL HIER BRACH LIEGT.»

Die globale Wirtschaft ist auf dauerhaftes Wachstum ausgerichtet. Dies steht aber oft im Konflikt mit der Endlichkeit der meisten Ressourcen, dem Erhalt der Umwelt oder den Menschenrechten. Die EVP setzt sich von je her für ein qualitatives statt quantitatives Wirtschaftswachstum ein sowie für ein ethisches und soziales Unternehmertum. Unternehmerische Tätigkeit, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert statt auf Kosten der Umwelt, der nächsten Generationen oder des globalen Südens den Gewinn zu maximieren. Ein Unternehmertum, das sich innovativ für die Lösung sozialer Probleme und für einen positiven Wandel der Gesellschaft einsetzt. Wie kann das in der Schweiz, gerade auch nach dem Scheitern der Konzernverantwortungsinitiative, konkret aussehen? Drei Sozialunternehmende geben uns einen Einblick.

Die «Konzernverantwortungsinitiative» hatte gefordert, dass sich Schweizer Unternehmen auch im Ausland an Menschenrechte und Umweltstandards halten und so verantwortungsvoller wirtschaften – auch für die EVP ein zentrales Anliegen ihrer Wirtschaftspolitik. Die Nationalratsmitglieder der EVP hatten sich im Parlament vergeblich für einen griffigen Gegenvorschlag eingesetzt. Die Variante des Ständerates und damit die Interessen der Konzerne setzten sich durch: Pflichten und Rechtskonsequenzen wurden weitgehend aus dem Gegenvorschlag gestrichen. Man sprach von einer Alibiübung mit lediglich einer Berichtspflicht in «Hochglanzbrochüren».

Am 29. November 2020 sprachen sich zwar 50.7 Prozent der Schweizer Stimmbewölkerung für die Konzernverantwortungsinitiative aus – leider scheiterte sie schlussendlich jedoch am fehlenden Ständemehr. Deshalb kam der zahnlose Gegenvorschlag des Parlaments zum Zug. Inzwischen hat der Bundesrat den Verordnungsentwurf zur Umset-

zung dieses Gegenvorschlages in die Vernehmlassung geschickt. Die EVP kritisierte in ihrer Antwort zusätzliche Einschränkungen des Geltungsbereiches der Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht.

Der Bundesrat hielt nach der Vernehmlassung an verschiedenen Ausnahmen fest, insbesondere für grössere KMU, verzichtete auf Antrag der EVP und weiterer Organisationen aber zumindest auf eine Ausnahmeregelung für rezyklierte Metalle. Damit konnte verhindert werden, dass beispielsweise Gold-Importe aus Konfliktgebieten durch einfache Einschmelzung in einem Drittstaat aus der Sorgfaltspflicht entfallen. Der Gegenvorschlag und die dazugehörige Verordnung traten am 1. Januar 2022 in Kraft.

Die EVP engagiert sich für ein Unternehmertum, welches das Wohl von Mensch und Umwelt im Blick hat. Zahlreiche EVP-Mitglieder leben diese Haltung tagtäglich als Unternehmerinnen und Unternehmer in einem KMU. Wie facettenreich soziales Unternehmertum heute im Unternehmensalltag kon-

kret aussehen kann, zeigen die Gespräche mit einigen von ihnen. Sie geben Einblick in ihren Alltag und ihre Leidenschaft für das, was sie tun:



**Tania Woodhatch,** Inhaberin und Geschäftsführerin der Gewürzmanufaktur und Sozialfirma WÜRZMEISTER und EVP-Gemeinderätin in Kloten. Sie bieten Menschen in schwierigen Lebenslagen eine Tagesstruktur und ggfs. einen Einstieg zurück ins Berufsleben sowie Begleitung für die Stellensuche.

**Tania, das soziale Engagement gehört bereits seit der Gründung zu Würzmeister dazu. Wie gelingt es, dennoch ein rentables Geschäft aufzubauen?**

Das gelingt häufig schlicht nicht. Gewinn wirft Würzmeister auch nach über neun Jahren nicht ab, und ich zahle mir einen tieferen Lohn aus, als meinen Mitarbeitenden. Aber besonders rentabel zu sein, war auch nie das Ziel. Wir wachsen stark und investieren das Geld lieber in den Ausbau, um noch mehr Menschen Tagesstrukturen und einen Platz für eine sinnstiftende Tätigkeit zu bieten.

Ich sehe das Gewinnstreben vieler Unternehmen aber auch grundsätzlich kritisch. Grosse Gewinne bedeuten meist, dass entweder die Angestellten einen tieferen Lohn erhalten, als man zahlen könnte und fair wäre oder beim Einkauf der Preis so sehr gedrückt wird, dass Menschen ausgebeutet werden.

**Was motiviert dich mehr am Morgen aufzustehen: Die Kundschaft, die sich über eure Gewürze freut oder der positive Einfluss, den ihr auf eure Mitarbeitenden habt?**

Definitiv letzteres. Wir können Menschen einen Ort bieten, die ansonsten einfach zu Hause sitzen und dadurch beispielsweise zurück in psychische Krankheiten fallen würden. Es ist sehr schön zu sehen, wie man das Leben von Menschen positiv prägen kann.

**Was würdest du dir von der Politik wünschen, damit es mehr Unternehmen mit sozialem Engagement geben kann?**

Ich sehe grosse Mängel im Sozialsystem. Es ist eine Maschinerie mit starren Abläufen, die vom Büro-tisch aus angeordnet werden und nicht auf die Bedürfnisse der ein-



Gibt Menschen Tagesstrukturen und einen Platz für eine sinnstiftende Tätigkeit: Die Gewürzmanufaktur und Sozialfirma Würzmeister.

zelen Menschen Rücksicht nehmen. Die Folge davon sind Massnahmen, die den Menschen wenig helfen, ihre Lebenssituation zu verbessern und eine Sozial-Industrie, die sich an Subventionen orientiert und nur anbietet, was bezahlt wird. Beispielsweise Stellen mit geringerer Beschäftigung oder flexibleren Arbeitszeiten werden aufgrund fehlender Subventionen kaum angeboten und die betroffenen Menschen bleiben so häufig zu Hause stecken, ohne Möglichkeit zu einer sinnvollen Beschäftigung in wertschätzender Atmosphäre. Da würde ich mir von Politik und Behörden mehr Flexibilität und Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der einzelnen Menschen wünschen.



**Daniel Sommer,**  
Inhaber der Schreinerei Sommer Holzwerkstatt. Der Möbelschreiner und EVP-Kantonsrat setzt auf kurze Transportwege, lokales Holz und möglichst geringe Emissionen für die Umwelt.

**Daniel, ein Schreinerunternehmer mit Diplom in Sozialpädagogik – wie helfen dir angeeignete Fähigkeiten dieser Ausbildung im Alltag als Unternehmer?**

Früher waren diese Fähigkeiten hilfreich bei der Betreuung von Schülerinnen und Schülern, die ein «Time Out» aus der Sekundarschule machten. Heute kommt der Sozialpädagoge manchmal noch bei der Kundenberatung zum Zug.

**In der Produktion besonderen Wert auf Nachhaltigkeit zu legen, ist häufig teuer und erschwert die Wettbewerbsfähigkeit. Weshalb setzt ihr dennoch auf diese Karte?**

Ich glaube nicht, dass es grundsätzlich teurer ist, nachhaltig zu produzieren. Es braucht das Wissen über die Materialien und die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, aber häufig lassen sich preiswerte Lösungen finden.

Ich stelle aber auch fest, dass es Kundschaft gibt, die nachhaltige Produkte schätzt und nachfragt. Natürliche Öle zur Behandlung von Holz geben dem Möbel einen natürlichen Charme. Und die Vermeidung von Material, das für den Menschen schädliche Stoffe in die Umgebung abgibt, schützt die Gesundheit. Es braucht dafür aber auch heute noch viel Aufklärungsarbeit.



**Möglichst geringe Umweltemissionen: Die Sommer Holzwerkstatt.**



**Nik Gugger,**  
Nationalrat und Vize-Präsident der EVP Schweiz engagiert sich politisch und beruflich für Soziales Unternehmertum.

tugal, Spanien oder die Niederlande haben ein viel stärker ausgeprägtes Sozialunternehmertum. Die Schweiz hat noch nicht einmal erkannt, dass da ein grosses Potenzial brach liegt. Klar, Menschen mit Beeinträchtigungen haben Einschränkungen, aber gleichzeitig besonders wertvolle Fähigkeiten, die sie einsetzen können. Hier muss der Staat Rahmenbedingungen schaffen, damit Unternehmen diese Fähigkeiten nutzen können. Es braucht Arbeit statt Fürsorge, denn das ist der beste Weg zur Teilhabe.

**Du bist stark vernetzt mit Unternehmerinnen und Unternehmern. Wäre die Schweizer Wirtschaft denn bereit für mehr Inklusion?**

Ich erlebe diese Bereitschaft immer öfter. Unternehmen kommen auf mich zu, weil sie Menschen mit Beeinträchtigungen einstellen möchten, aber niemanden finden. Die Behörden legen Steine in den Weg, statt solchen Unternehmen vermittelnd und beratend beizustehen.

### DIE EVP IM NATIONALRAT

NR Nik Gugger reichte in der Sommersession 2021 eine Motion zur Förderung von Sozialem Unternehmertum ein. Sie beauftragt den Bundesrat, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Förderung von sozialen Unternehmen zu ermöglichen. Gugger konnte als erfolgreicher Brückenbauer 25 Nationalratsmitglieder der Grünen, SP, FDP und der Mitte dafür gewinnen, zu unterzeichnen. Der BR beantragt die Ablehnung der Motion. Soziales Unternehmertum sei in der Schweiz

bereits genug verankert, es brauche keine Fördermassnahmen. «Die Antwort zeigt, wie schlecht der Bund das Thema kennt und dass er das Potenzial nicht sieht. Es gibt diverse, auch kostengünstige Massnahmen, die der Bund ergreifen kann, um Sozialunternehmen Steine aus dem Weg zu räumen und weiteren Unternehmen den Nutzen aufzuzeigen», so Nik Gugger. Er ist dennoch zuversichtlich, dass das Parlament den Handlungsbedarf erkennt und seine Motion annehmen wird.

**Nik, du hast 20 Jahre Erfahrung als Sozialunternehmer. Was macht Soziales Unternehmertum aus?**

Sozialunternehmerinnen und -unternehmer möchten zum Wohle der Gesellschaft beitragen. Das bedeutet beispielsweise, dass man Menschen mit Beeinträchtigungen oder Suchtkrankheiten eine Chance gibt.

**Wie steht die Schweiz hier im internationalen Vergleich?**

Die Schweiz ist im europäischen Vergleich rückständig. Länder wie Por-

.....  
**TEXT UND INTERVIEW: DOMINIC TÄUBERT, CO-PRÄSIDENT \*JEVP**  
dominic.taeubert@evppev.ch  
.....

## GRUNDSTEIN FÜR 2023

Der Parteivorstand der EVP Schweiz traf sich 2021 zu sechs Sitzungen plus einer zweitägigen Klausur. Grosses Thema zu Beginn des Jahres war natürlich die Nomination von Lilian Studer fürs Parteipräsidium. Mitte Jahr folgte nach den Neuwahlen im Juni die Neukonstituierung des Vorstands. Inhaltlich wurden verschiedenste Aufgaben wahrgenommen: Verabschiedung des Personalreglements, Vorbereitung der Delegiertenversammlungen, Parolenfassung, Beschluss über

das Referendum gegen die Widerspruchslösung u.v.m. Strategisch nahm der Parteivorstand bereits die Wahlen 2023 in den Fokus. So wurden die Jahresziele 2022 mit Blick auf die Wahlen ausgearbeitet, zusätzliche Personalressourcen für die EVP Schweiz und für Dienstleistungen zu Gunsten der Kantonalparteien beschlossen und nicht zuletzt der Grundstein für die Wahlkampagne unter dem Titel «Für eine Schweiz ohne Ausbeutung» gelegt. (rr)



Foto: Dirk Meisel

Strategisch bereits die Wahlen 2023 im Fokus: Der Parteivorstand.

Die EVP Schweiz sucht per 01.02. 2022 oder nach Vereinbarung eine/n

### Praktikantin/ Praktikanten

(50 – 80 %) für das nationale Generalsekretariat in Bern.

**Deine Aufgabe:**  
Du unterstützt uns bei administrativen Arbeiten, in der Adressverwaltung, bei Versand- und Wahlkampfkaktionen sowie bei Parteiveranstaltungen und Events. Du erarbeitest Dokumentationen und Entscheidungsgrundlagen und hilfst bei der Betreuung unserer Website.

**Dein Profil:**  
Erstausbildung (Matura, Studium oder Lehre), Interesse an Politik, Identifikation mit den Grundsätzen der EVP, gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, Eigeninitiative, Zuverlässigkeit, Organisationsfähigkeit.

**Unser Angebot:**  
Wir bieten dir einen Einblick ins Alltagsgeschäft einer nationalen Partei. Nebst Praktikumslohn übernehmen wir auch Reise- und sonstige Spesen.

Du hast Interesse? Dann schicke Motivationsschreiben und Lebenslauf mit Unterlagen per E-Mail an [sara.schnegg@evppev.ch](mailto:sara.schnegg@evppev.ch). Sie beantwortet gerne auch Deine Fragen unter: 031 351 71 71.

Anzeige

## NEU IM VORSTAND: SPÜREN, WO DER SCHUH DRÜCKT



**Barbara Stotzer-Wyss, 1975**  
Theologin und Hochbauzeichnerin, Vizegemeindepräsidentin Büren an der Aare, Kandidatin Grossratswahlen Kanton Bern 2022

Fotos: zVg

Ich blicke gerne in die Zukunft und die Frage, wie sich die Gesellschaft in unserem Land entwickelt, interessiert mich. Mit meinem Engagement im Parteivorstand der EVP Schweiz sehe ich eine Möglichkeit, im strategischen Bereich mitzuge-

stalten, Diskussionen über relevante Themen anzustossen und mit der EVP Schritte in die Zukunft zu gehen.

Als Vizepäsidentin der Exekutive im Städtli Büren an der Aare spüre ich, wo der Schuh drückt. Aus dem Kontakt mit der lokalen Bevölkerung lassen sich Themen für die nationale Politik ableiten. Solidarität mit den Schwächsten, Stärkung der Familie, entschiedener Einsatz gegen Ausbeutung und ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen sind mir dabei besonders wichtig. Als Mitglied einer «kleinen» Partei bin ich stets auf gute Zusammenarbeit mit unterschiedlichen politischen Kräften angewiesen, um konkrete Resultate zu erzielen. Genau hier sehe ich die Stärke der EVP. Mit unserer verbindenden und konsensorientierten Kraft sind wir immer wieder in der Lage, gute Lösungen für die Bevölkerung zu erreichen.



**Timon Hofmänner, 1987**  
Pastoralassistent, Kaufmann, Polizist (a.D.), Kantonalsekretär EVP SG, Schulrat Grabs

Ich bin parteipolitisch eher noch ein Greenhorn, aber seit Lukas Zimmermann mich im Spätherbst 2020 für eine Kandidatur für den St. Galler Kantonsrat für die \*jevvp angefragt hatte, hat es mir den Ärmel reingezogen.

Politisch interessiert war ich zwar schon seit meiner Jugend, aber für ein aktives Engagement hat es doch etwas länger gedauert. Nun wird mir sogar das Privileg zuteil, auf nationaler Ebene in der EVP mitwirken zu dürfen. Ich bin topmotiviert, weil ich meinen Teil dazu beitragen möchte, die EVP vorwärtszubringen. An der EVP begeistert mich der faire und respektvolle Umgang mit anderen Meinungen, wie ich es zum Beispiel in den Debatten rund um die Ehe für alle oder zum Covid-19-Gesetz miterlebt habe. Das ist eine der grossen Stärken der EVP und darum hoffe ich, dass sie künftig noch stärker in den Medien und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die publizierte Brückenbauerliste der besten Brückenbauer im Nationalrat ist für mich ein Meilenstein in diese Richtung. Ich freue mich darauf, im PV der EVP die Schweiz gemeinsam mit Herz und Verstand mitzugestalten.

## EHEPAARE ENTLASTEN, NICHT GROSSKONZERNE

Die Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben will die sogenannte Emissionsabgabe auf die Herausgabe von Wertpapieren (Aktien) ersatzlos streichen. Damit sollen erneut Unternehmen steuerlich entlastet werden und dem Staat entgehen jährliche Einnahmen von rund 250 Millionen Franken. Die Abschaffung der Stempelabgaben geht einher mit weiteren massiven steuerlichen Entlastungen für Unternehmen und Grosskonzerne, während die verfassungswidrige Besteuerung von Ehepaaren («Heiratsstrafe») weiterhin warten soll. Die Delegierten der EVP Schweiz sagten denn auch an ihrer Novemberversammlung deutlich Nein zur Abschaffung der Stempelabgabe.

Stempelabgaben gehören zu den ältesten Steuerarten. Sie werden erhoben auf die Herausgabe von Aktien bei der Gründung oder Kapitalerhöhung von Unternehmen (Emissionsabgabe), dem Handel mit Aktien und bei Versicherungspolizen. Bei der Abstimmung vom 13. Februar 2022 soll nun die Emissionsabgabe ersatzlos gestrichen werden.

### Nur der erste Schritt

Ursprünglich wollte eine Parlamentsmehrheit in drei Schritten alle Stempelabgaben streichen. Aufgrund des Drucks durch das Referendum wurden Schritte 2 und 3 nun vorerst einmal «sistiert». Mit der Abschaffung der Stempelabgaben sollen Unternehmen finanziell entlastet und damit die Standortattraktivität der Schweiz erhöht werden. Dies führt uns unweigerlich zur Frage, ob es angesichts des Einnahmeausfalls von 250 Millionen Franken jährlich denn tatsächlich nötig ist, die Unternehmen erneut steuerlich zu entlasten?

### Unternehmen bereits massiv entlastet

Als Erstes gilt festzuhalten, dass die Finanz- und Versicherungsbranche komplett von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist. Während also Privatperson für jeden Kleiderkauf 7.7 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen, sollen bei Finanztransaktionen keine Steuern mehr anfallen. Frankreich und Italien kennen eine Finanztransaktionssteuer, Deutschland eine Kapitalgewinnsteuer. Solche Alternativen wären Gründe für die Aufhebung der Stempelabgaben. Zweitens wurden Unternehmen und Konzerne in den vergangenen Jahren bereits massiv steuerlich entlastet: Mit der Unternehmenssteuerreform 1 und 2 und zuletzt mit der Steuerreform (STAF), die zu wesentlichen Steuersatzreduktionen in den Kan-

tonen führte. Das Parlament hat 2021 zudem bereits beschlossen, auch die Verrechnungssteuer auf Zinsen sowie die Industriezölle weitgehend abzuschaffen.

### KMU und Start-ups bleiben weitgehend aussen vor

Die Abschaffung der Emissionsabgabe hilft zudem hauptsächlich den grossen Konzernen. Denn: Kapitaleinlagen oder Kapitalerhöhungen sind bis 1 Million Franken steuerfrei und nur der darüberliegende Betrag muss zu einem Prozent versteuert werden. Start-ups und KMU mit kleineren Kapitalerhöhungen sind daher kaum betroffen, ganz im Gegensatz zu den Grosskonzernen. 2020 bezahlten 55 Grosskonzerne 51 Prozent der Emissionsabgabe. Gerade diese Konzerne müssen aber nicht mehr weiter entlastet werden, da sie schon von zahlreichen Steuererleichterungen profitieren.

### Kapital und Vermögen schonen, Arbeit besteuern?

Ein Bericht des Eidgenössischen Finanzdepartements (2020) zeigt die Strategie des Bundes schonungslos auf: «Vorwiegend sollen Einkommen und Konsum besteuert werden!» Und an anderer Stelle heisst es: «Kapital- und Vermögenssteuer sollen reduziert werden». Diese Strategie geht für die EVP nicht auf, denn eines muss klar sein: Alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ihren Beitrag an den Staatshaushalt leisten und keinesfalls dürfen Konsum und Arbeit noch weiter belastet werden. Denn wenn dem Staat laufend weitere Gelder entnommen werden, steigen die Lasten für Privatpersonen, indem Leistungen gestrichen oder Steuern und Abgaben erhöht werden. Und: 2013 stufte der Bundesrat zwei Vorlagen als vordringlich ein: Die Reform der Unternehmensbesteue-



Foto: pixabay.com

### Endlich Heiratsstrafe abschaffen statt Grossunternehmen entlasten

rung sowie die Beseitigung der verfassungswidrigen Mehrbelastung von Ehepaaren (Heiratsstrafe). Mit der STAF wurden Unternehmen bereits entlastet. Für die EVP-Delegierten ist klar, dass jetzt zuerst die Ehepaare an der Reihe sind. Die De-

legierten beschlossen daher mit 64 Nein zu 1 Ja bei 4 Enthaltungen deutlich die Nein-Parole.

**ROMAN RUTZ**  
**GENERALSEKRETÄR EVP CH**  
[roman.rutz@evppev.ch](mailto:roman.rutz@evppev.ch)

## WAS SPRICHT DAGEGEN?

- **Finanzsektor ist bereits jetzt unterbesteuert:** Im Vergleich zu Arbeit und Konsum ist die Besteuerung des Finanzsektors deutlich zu tief, unter anderem auch durch die Befreiung von der Mehrwertsteuer. Das ist ungerecht.
- **Nur wenige profitieren:** Der Freibetrag von 1 Million CHF sowie die Befreiung bei gemeinnützigem Zweck oder günstigem Wohnraum stellt jetzt schon eine angemessene Besteuerung für KMU und Start-ups sicher. Von der Abschaffung der Abgabe profitieren hauptsächlich Grosskonzerne, die ohnehin kaum Steuern bezahlen.
- **Unternehmen wurden schon gezielt entlastet:** Mit der Unternehmenssteuerreform 1 + 2 sowie der STAF wurden Unternehmen schon massiv entlastet. Die Aufhebung der Industriezölle sowie der Verrechnungssteuer bringt weitere Entlastungen und Steuerausfälle mit sich. Schliesslich ist absehbar, dass nach einem Ja auch die anderen beiden Stempelabgaben abgeschafft würden.
- **Weitere Belastung für Privatpersonen:** Fehlende Einnahmen haben Konsequenzen für alle. Entweder werden Leistungen abgebaut oder Steuern und Abgaben erhöht. Jede weitere Steuererleichterung erschwert zudem die längst fällige gerechte Ehepaarbesteuerung, welche ebenfalls Steuerausfälle mit sich bringen wird.

## JUGENDSCHUTZ GEHT VOR!

Am 13. Februar kommt die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder ohne Tabak)» vors Volk. Sie fordert ein Verbot für jegliche Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Diese sollen so vor dem frühzeitigen Einstieg ins Rauchen geschützt werden - und damit vor massiven gesundheitlichen Schäden. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz fasste hierzu im November einstimmig die Ja-Parole.

Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent der rauchenden Bevölkerung hat bereits vor dem 18. Lebensjahr begonnen, regelmässig zu rauchen. Eine neue im Jahr 2020 publizierte Zürcher Studie zeigt auf, dass rauchende Kinder und Jugendliche vermehrt Atemwegsbeschwerden aufweisen. 36 Prozent der Kinder im Alter von 13 - 17 Jahren hatten bereits herkömmliche Zigaretten oder E-Zigaretten konsumiert, bei den 16- und 17-Jährigen steigen die Zahlen gar auf 70 Prozent der Mädchen und 60 Prozent der Jungen.

Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» (Kinder ohne Tabak) fordert deshalb ein Verbot für jegliche Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Dazu gehören beispielsweise Werbung im öffentlichen Raum und an Verkaufsstellen, Inserate, Online-Werbung oder Sponsoring von Veranstaltungen, an denen Jugendliche teilnehmen.

### Tabakindustrie zielt bewusst auf Jugendliche

Die Initiative will damit der gezielten Werbestrategie der Tabakindustrie entgegenwirken. Diese zielt bewusst darauf ab, die in ihrer Identitätsfindung besonders empfänglichen Kinder und Jugendlichen mit attraktiver Werbung zum Rauchen zu animieren. Denn diese bleiben später oft lebenslang nikotinabhängig und damit Kunden. Die Initiative will Kinder und Jugendliche davor und vor den damit verbundenen massiven Gesundheitsschäden schützen. Denn Tabakwerbung ist faktisch überall. Jugendliche sind in der Schweiz gemäss einer Studie an einem einzigen Samstag 68 Mal tabakfreundlichen Reizen ausgesetzt, unter der Woche sogar auf dem Schulweg. Hinzu kommt immer mehr Werbung auf den Social Media und im Internet.

### Je mehr Werbung, desto mehr Einsteiger

Der direkte Zusammenhang zwischen Tabakwerbung und dessen Konsum ist dabei durch zahlreiche Untersuchungen belegt. Praktisch alle Studien zeigen: Kinder und Jugendliche beginnen umso häufiger mit dem Rauchen, je mehr sie mit Tabakwerbung in Kontakt kommen. Erfahrungen aus europäischen Ländern zeigen umgekehrt, dass gezielte Werbebeschränkungen Jugendliche wirksam vor dem Einstieg in den Tabakkonsum abhalten. Kinder und Jugendliche müssen sich gesund entwickeln können. Wir sind als Gesellschaft dazu verpflichtet, sie vor dem Einstieg ins Rauchen zu schützen. Dieses Anliegen muss für eine Gesellschaft absolute Priorität haben.

### Kein wirksamer Jugendschutz im neuen Tabakproduktegesetz

Das Parlament hat mit der verabschiedeten Revision des Tabakproduktegesetzes quasi einen Gegenvorschlag vorgelegt. Trotz der einen oder anderen Verbesserung verzichtet dieser jedoch letztlich auf einen wirklich wirksamen Jugendschutz: Werbung in Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet und damit auf allen Social Media Plattformen sowie an Festivals bleibt weiterhin erlaubt – also genau dort, wo besonders viele Jugendliche unterwegs sind. Einzig auf Plakaten und im Kino sollen Tabakprodukte nicht mehr beworben werden dürfen. Dies ist jedoch schon jetzt in vielen Kantonen verboten. Wirkungsvoller Jugendschutz geht anders. So jedenfalls werden die Interessen der Tabak- und Werbeindustrie über das Wohl der Kinder und Jugendlichen gestellt.

### Jede Familie zahlt jährlich 1500 CHF Gesundheitskosten

Tabakkonsum verursacht in der Schweiz jährlich 3 Milliarden Fran-



Praktisch alle Studien belegen: Tabakwerbung wirkt besonders bei Jugendlichen und verleitet sie dazu, mit dem Rauchen anzufangen.

ken direkte Gesundheitskosten. Eine vierköpfige Familie zahlt dafür rund 1500 Franken Prämien und Steuern – auch wenn sie selbst nicht raucht. Durch den temporären oder dauerhaften Arbeitsausfall von Mitarbeitenden entstehen der Wirtschaft jährliche Verluste von rund zwei Milliarden Franken. Die Delegiertenversammlung hat sich im November für eine wirksamen Jugend-

schutz ausgesprochen und sogar einstimmig die Ja-Parole zur Initiative beschlossen.

LILIAN STUDER,  
NATIONALRÄTIN  
lilian.studer@parl.ch

## WAS SPRICHT DAFÜR?

- Werbung zielt auf Jugendliche:** Die Tabakindustrie will mit ihrer Werbung gezielt beeinflussbare Jugendliche bereits früh zum Rauchen zu animieren und von Nikotin abhängig machen. Dies muss verboten werden.
- Je mehr Werbung, desto mehr Tabakeinsteiger:** Praktisch alle Studien zeigen: Kinder und Jugendliche beginnen umso häufiger mit dem Rauchen, je mehr sie mit Tabakwerbung in Kontakt kommen.
- Neues Tabakproduktegesetz ohne echten Jugendschutz:** Werbung in Gratiszeitungen, an Kiosken, im Internet, auf allen Social Media-Plattformen sowie an Festivals bleibt weiterhin erlaubt – also genau dort, wo besonders viele Jugendliche unterwegs sind.
- Werbebeschränkungen schützen Jugendliche:** Erfahrungen aus europäischen Ländern zeigen umgekehrt, dass gezielte Werbebeschränkungen Jugendliche wirksam vor dem Einstieg in den Tabakkonsum abhalten.
- Wir sind als Gesellschaft dazu verpflichtet,** Jugendliche vor dem Einstieg ins Rauchen zu schützen.

# DEMOKRATIE BRAUCHT STARKE MEDIEN

Medien bilden als kontrollierende «Vierte Gewalt» im Staat die Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Bundesrat und Parlament wollen sie mit einem Massnahmenpaket befristet in der digitalen Transformation unterstützen und damit vor allem auch die regionale Medienvielfalt gegen Fusionsdruck und Machtkonzentration stärken. Doch dagegen wurde das Referendum ergriffen, über das wir am 13. Februar abstimmen. Die Delegierten der EVP Schweiz fassten jedoch deutlich die Ja-Parole für das Medienpaket.

Medien werden oft als die kontrollierende «4. Gewalt» im Staat bezeichnet. Eine funktionierende Demokratie braucht eine starke, unabhängige und vielfältige Medienlandschaft. Medien in der Schweiz sind jedoch in Gefahr: Die Erträge durch Zeitungsinserate brechen regelrecht ein und auch die Zahl der Abonnenten geht drastisch zurück. Zeitungen fusionieren, die Vielfalt sinkt und nicht selten fallen Medienhäuser in die Hand von Investoren, die eine eigene politische Agenda verfolgen. Ausländische Social Media-Plattformen entziehen hiesigen Medien die Werbeeinnahmen und verbreiten gleichzeitig anstelle von seriösem Qualitätsjournalismus demokratiegefährdende Falschinformationen. Bundesrat und Parlament haben daher ein Unterstützungspaket für Medien verabschiedet, um diese zu stärken.

## Erstmals auch Online-Medien

Es baut zum einen die indirekte Presseförderung insbesondere für Tages-

und Wochenpresse aus, indem der Bund einen Teil der Postversandkosten von Zeitungen und Mitgliederpublikationen übernimmt. Andererseits sollen erstmals auch Online-medien in den Genuss einer Förderung kommen (30 Millionen Franken), damit auch kleinere regionale Medien im technologischen Wandel Schritt halten können. Aber auch Start-ups im Onlinebereich werden gefördert, um auch innovativen Modellen zum Durchbruch zu verhelfen.

## Transformation unterstützt

Das Medienpaket ermöglicht mit den beschlossenen Massnahmen insbesondere Investitionen in die digitale Transformation. Als Überbrückungsfinanzierung soll sie die Umstellung auf neue (Online-)Geschäftsmodelle erleichtern und ist deshalb auf 7 Jahre befristet. Jährlich sollen die Medien mit insgesamt 120 Millionen Franken gefördert werden, um sich fit für die Zukunft



Foto: pixabay.com

Die regionale Medienvielfalt soll gegen Fusionsdruck und Machtkonzentration gestärkt werden.

zu machen. Das Medienpaket stärkt die Unabhängigkeit der Medien, indem es Innovation und die Umsetzung neuer Ideen ermöglicht. Es wirkt damit der Medienkonzentration entgegen und verhindert insbesondere eine weitere Machtkonzentration bei Medienmogulen mit einer eigenen politischen Agenda.

## Keine Leistungsaufträge

Die Trennung von Staat und Medien bleibt dabei gewahrt, es gibt keinerlei Leistungsaufträge, die Medien werden also nicht automatisch zu Staatsmedien. Gratismedien sind von der Förderung ausgeschlossen. Kleine Medienhäuser profitieren dagegen besonders stark, um das regionale Angebot aufrechtzuerhalten,

das ohne Förderung nicht mehr kostendeckend angeboten werden könnte. Diese Häuser stehen massiv unter Fusionsdruck und können oftmals die notwendige Digitalisierung finanziell nicht allein stemmen. Fazit: Professionelle Medien sind die Grundlage der Demokratie. Social Media-Plattformen entziehen jedoch den Medienhäusern Werbeeinnahmen und tragen zugleich stark dazu bei, Desinformation und Fake News zu verbreiten. Es entsteht eine toxische Mischung aus ausländischen Medienunternehmen ohne Qualitätsjournalismus, welche die hiesigen Medienhäuser verdrängen.

**NIK GUGGER, NATIONALRAT**  
[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)

## WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Regionale Medien erhalten, Medienvielfalt stärken:** Gerade kleinere, regionale Medien stehen durch Werbeeinbrüche unter Druck. Gleichzeitig müssen sie investieren, um auf digitale Geschäftsmodelle umzustellen. Sie brauchen Unterstützung.
- **Digitale Transformation:** Die befristete Überbrückungsfinanzierung unterstützt Online-Medien, Innovation und Start-ups sowie die Umstellung auf neue Online-Geschäftsmodelle.
- **Unabhängige Medien:** Die Förderung hilft, die Medien unabhängig von Investoren mit eigener politischer Agenda zu erhalten.
- **Starke Medien:** Seriöser Journalismus ist zeitaufwändig und teuer. Demokratie braucht jedoch die kontrollierende vierte Gewalt.
- **Schutz der Demokratie:** In Zeiten von Fake-News und Desinformation sind Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt wichtiger denn je. Die Social Media-Giganten ziehen Werbeeinnahmen ab, bieten gleichzeitig aber Plattform für die rasende Verbreitung von Falschinformationen statt zuverlässiger

## TERMINE 2022

- 13.02. Eidgenössische Abstimmung
- 28.02. - 18.03. Frühjahrssession des eidgenössischen Parlaments
- 25.03. Parteikonferenz
- 26.03. 103. ord. Delegiertenversammlung
- 29.04. Club 1000-Anlass

# KEINE GÜTERABWÄGUNG MEHR MÖGLICH

Am 13. Februar steht die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» zur Abstimmung. Sie fordert ein bedingungsloses Verbot für Tierversuche und Forschung am Menschen. Sie verlangt zudem ein Handels- und Importverbot sämtlicher Produkte, für die Tierversuche direkt oder indirekt durchgeführt werden. Eine Güterabwägung wäre künftig nicht mehr möglich. Der Parteivorstand der EVP verabschiedete einstimmig die Nein-Parole.

Der Schutz der Tiere ist in der Schweiz mit Artikel 80 bereits in der Verfassung verankert, die Forschung am Menschen regelt das Humanforschungsgesetz. Die Schweiz tut bereits heute einiges dafür, die Anzahl an Tierversuchen kontinuierlich zu senken. Zwischen 1983 und 2020 konnte diese um mehr als zwei Drittel gesenkt werden. Ziel des in der Schweizer Forschung geltenden sogenannten 3R-Prinzips ist es, Tierversuche möglichst zu vermeiden (Replacement) sowie die Zahl der Tiere (Reduction) und ihr Leiden (Refinement) in Versuchen auf das unerlässliche Maß zu beschränken. Die Tierschutzverordnung erlaubt bereits heute nur noch dann Tierversuche, wenn der angestrebte Erkenntnisgewinn nicht mit Alternativmethoden erzielt werden kann. Die

Bewilligung erteilen die Tierversuchskommissionen der Kantone. Jede Forschungseinrichtung hat zudem einen 3R-Beauftragten, um die Arbeiten nach diesem Prinzip zu implementieren und zu vernetzen. Seit 2018 gibt es ein 3R-Kompetenzzentrum sowie seit Frühjahr 2021 ein Nationales Forschungsprogramm dazu.

### Keine Güterabwägung mehr

Der Parteivorstand hat sich einstimmig gegen die zu weit gehende Initiative ausgesprochen. Mit ihr wäre künftig keine Güterabwägung mehr möglich. Auch dann nicht, wenn Forschung an Mensch und Tier zum Erhalt oder Schutz des Lebens dienen soll und keine alternativen Ersatzmethoden zur Verfügung stehen. Die vorhandenen Alternativmethoden können jedoch nicht immer die



Foto: pixabay.com

Tierversuche nur dann, wenn keine Alternativmethoden möglich.

Komplexität des menschlichen Organismus abbilden. In der Schweiz nicht mehr zugelassene Medikamente könnten nicht mehr importiert werden, was zu gefährlichen Versor-

gungsproblemen führen könnte.

LILIAN STUDER,  
NATIONALRÄTIN  
lilian.studer@parl.ch

## STOPARMUT KONFERENZ

# GOD'S GLOBAL GOALS

«Dein Reich komme!» Viele beten dies regelmässig im «Unser Vater». Welche Veränderung erhoffen wir uns dabei für diese Welt? Und was wünscht sich Gott für sie?

Die UN-Nachhaltigkeitsziele machen Hoffnung auf eine Welt «die frei von Armut, Hunger, Krankheit und Not ist und in der alles Leben gedeihen kann» – und dies bis 2030. Wir sind überzeugt, dass dies auch Gottes Ziele sind – God's Global Goals. Die EVP unterstützt die StopArmut-Konferenz. Diese geht der

Frage nach, wieso und wie Christinnen und Christen einen Beitrag zu den UN-Nachhaltigkeitszielen leisten sollen.

Sie können die Tageskonferenz am 26. März oder auch einzelne Teile der Vertiefungswoche bis zum 1. April besuchen. Hier finden Sie alle Details zum Programm: [www.stoparmut.ch](http://www.stoparmut.ch)

FLORIAN GLASER, KAMPAGNENLEITER STOPARMUT  
[florian.glaser@stoparmut.ch](mailto:florian.glaser@stoparmut.ch)



Foto: zVg

Die EVP unterstützt die StopArmut-Konferenz als Silber-Sponsor.

**STOPARMUT KONFERENZ**  
SAMSTAG, 26. MÄRZ 2022 • AARAU  
MIT VERTIEFUNGSWOCHE

HOFFNUNG FÜR DIESE WELT  
**GOD'S GLOBAL GOALS**  
KIRCHE UND NACHHALTIGKEITZIELE

STOP ARMUT [www.stoparmut.ch](http://www.stoparmut.ch)

INFOS • ANMELDUNG •  
TEILNAHMEMÖGLICHKEITEN  
[WWW.STOPARMUT.CH](http://WWW.STOPARMUT.CH)

Anzeige

## KANTON BERN I



# IHRE STIMME ENTSCHIEDET!

Die Grossratswahlen vom 27. März rücken mit Riesenschritten näher. Die EVP will ihre lösungs- und werteorientierte Politik weiterführen und mithelfen, die zunehmende ideologische und gesellschaftliche Polarisierung zu überwinden. Der Kanton Bern kann sich Grabenkämpfe nicht leisten. Deshalb setzt sich die EVP weiter für ein Miteinander und Füreinander ein. Mit über 300 motivierten Kandidierenden auf 18 Listen will die EVP ihre 10 bisherigen Grossratsitze verteidigen und mindestens ei-

nen zusätzlichen Sitz gewinnen. Jede Stimme kann entscheiden! Nur rund 30 Prozent der Wahlberechtigten im Kanton Bern beteiligen sich an den Grossratswahlen. In allen 9 Wahlkreisen werden sehr knappe Resultate erwartet. Ihre Stimme als EVP-Mitglied könnte den entscheidenden Unterschied machen! Danke vielmals, wenn Sie EVP wählen.

**PHILIPPE MESSERLI, GROSSRAT  
EVP KANTON BERN**  
[philippe.messerli@evp-be.ch](mailto:philippe.messerli@evp-be.ch)



Fotos: Rebekka Suter

Weiterhin 10 oder sogar 11 EVP-Sitze im Grossrat? Es werden sehr knappe Resultate erwartet. Ihre Stimme entscheidet mit!

## KANTON AARGAU



# ERFREULICHE RESULTATE

Die Wahlergebnisse der EVP Aargau bei den Kommunalwahlen 2021 waren erfreulich. Wieder in die Exekutive gewählt wurden Philipp Steffen, Gemeinderat Rothrist, Irene Bärtschi, Frau Gemeindeamman Hirschthal, sowie Dr. Roland Frauchiger, Gemeindeamman Thalheim. Im Gemeinderat Buchs konnte Joel Blunier im ersten Wahlgang den frei gewordenen Sitz von Walter Wyler für sich gewinnen. In den 10 Einwohnerräten hat die EVP bei einem stabilen Wähler-

denanteil von 5.2 Prozent insgesamt 23 Sitze erreicht. Hervorzuheben ist, dass von den 23 gewählten Ratsmitgliedern der EVP 13 Frauen und 10 Männer sind. Auch in Brugg, wo die EVP eine reine Frauenliste aufgestellt hatte, gab es erneut 3 Sitze. Wir gratulieren zur Wahl und wünschen allen viel Freude und Gelingen bei ihrer Tätigkeit.

**BARBARA MÜLLER,  
GESCHÄFTSFÜHRERIN EVP AG**  
[barbara.mueller@evp-ag.ch](mailto:barbara.mueller@evp-ag.ch)



Fotos: zVg

Barbara Müller-Hefti, Joya Süess und Esther Graf (v.l.n.r.)

## KANTON BERN II



# EVP BEHAUPTET SICH

Die EVP konnte sich im kommunalen Wahlherbst im Kanton Bern behaupten. Insgesamt erzielte die EVP 11 Gemeinderats- und 13 Parlamentssitze sowie diverse kommunale Kommissionsmandate. Klares Highlight war der Sitzgewinn bei den Gemeinderatswahlen in Oberdiessbach, wo neu nebst Jasmine Hari auch Priscilla Furrer (Bild) in die Exekutive gewählt wurde. Zudem wird in Aegerten mit Johannes Wenner erstmals ein EVP-Mitglied im Gemeinderat Einsitz nehmen.

Ein sehr starkes Resultat erzielte auch die EVP Münsingen, welche trotz einer aussergewöhnlich hohen Stimmbeteiligung von 51.0% (2017: 36.2%) aufgrund der nationalen Abstimmungen bei den Parlamentswahlen den Wählendenanteil halten und ihre Parteistimmen von 11'073 auf 15'885 ausbauen konnte.

**LUKAS ZIMMERMANN, PROJEKTLEITER DEUTSCHSCHWEIZ**  
[lukas.zimmermann@evppev.ch](mailto:lukas.zimmermann@evppev.ch)



Priscilla Furrer unterstützt neu Jasmine Hari im Oberdiessbacher Gemeinderat.

## KANTON ZUG



# ZUKUNFTSWEISEND

Freude herrscht! Anfang Dezember 2021 wurde die EVP Kanton Zug als 19. kantonale Sektion der EVP gegründet. An der Gründungsverammlung wurden die Statuten genehmigt und sogleich der erste, politisch bereits erfahrene Vorstand gewählt. Erster Präsident ist Mathias Bürki, der schon 2019 für den Nationalrat kandidierte. Als Vizepräsident wurde Matthias Keller gewählt. Er vertrat die EVP von 2014 bis Ende 2020 im Stadtparlament von Aarau und präsidierte es 2018/2019. «Es ist

höchste Zeit, dass der Kanton Zug eine aktive EVP erhält. Die Bestrebungen für eine Gründung sind seit vielen Jahren im Gang», gratulierte alt NR Heiner Studer bei der Gründung zum zukunftsweisenden Schritt. Die EVP will im Kanton Zug als Familien-, KMU- und Umwelt-Partei Akzente setzen und als Brückenbauer wirken.

**MARKUS BAUMGARTNER, CHEF MEDIEN VORSTAND EVP KT. ZUG**  
[markus.baumgartner@databaar.ch](mailto:markus.baumgartner@databaar.ch)



Matthias Keller, Werner Toggenburger, Mathias Bürki, Markus Baumgartner

## NETTO-NULL IST ALTERNATIVLOS, ABER MACHBAR!

Nach dem Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz sind neue Lösungen gefragt, um die Schweizer Klimaziele zu erreichen. Die EVP führte im Anschluss an die Delegiertenversammlung Ende November einen Themennachmittag «Energie & Klima» durch, um gemeinsam lokale, kantonale und nationale Lösungen zu diskutieren.

Mit einem Speed-Debating beendete die EVP die Veranstaltung in Wettingen (DV und Themennachmittag). Dabei diskutieren 6 bis 8 Personen während 15 Minuten ein konkretes Thema (z.B. «Ausrufung Klimanotstand – und dann?»). Anschliessend gehen sie weiter, um in einer neuen Konstellation das nächste Thema zu diskutieren. Diesen Diskussionsrunden gingen zwei spannende Präsentationen von Professor Nicolas Gruber, ETH Zürich sowie Dr. Reto Burkard, Leiter Sektion Klimapolitik des Bundesamtes für Umwelt voraus. Prof. Gruber zeigte anhand eines CO<sub>2</sub>-Budgetrechners anschaulich auf, wie lange bzw. wie kurz es noch «weiter wie bisher» gehen darf, bis wir unser CO<sub>2</sub>-Budget für das 1.5-Grad-Ziel aufgebraucht haben. Reto Burkard motivierte anschlies-

send dazu, trotz dem Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz nicht aufzugeben, sondern weiter die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auch politisch voranzutreiben.

### CO<sub>2</sub>-Verringerung bleibt prioritär

Dass neben erfreulichen Entwicklungen in der Technologie und der Wirtschaft auch politische Massnahmen nötig sind, blieb unbestritten. Es wurde zwar auch ein Blick auf mögliche Negativemissionstechnologien geworfen. Mit Hilfe dieser Technologien soll CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entnommen und im Boden gespeichert werden, um so mitzuhelfen, die nicht zu vermeidenden Ausstösse von Treibhausgasen – etwa aus der Landwirtschaft – zu neutralisieren. Diese Technologien sind aber nicht unbegrenzt



Foto: Sara Schwegg

### Hochkonzentrierte Diskussionen beim Speed-Debating mit den Experten: Sind unsere Klimaziele noch erreichbar - und wenn ja: wie?

einsetzbar und zudem sehr teuer, weshalb Massnahmen zur Verminderung von CO<sub>2</sub> weiterhin absolut prioritär sind, insbesondere beim Heizen und im Verkehr.

Fazit: Das Ziel Netto-Null ist weiterhin eine riesige Herausforderung.

Aber sie ist technisch machbar und sie ist finanzierbar. Und Netto-Null ist vor allem eines: Alternativlos.

**ROMAN RUTZ,**  
GENERALSEKRETÄR EVP CH  
[roman.rutz@evppev.ch](mailto:roman.rutz@evppev.ch)

Anzeige

# GUTE VORSÄTZE! SCHLECHTES GEWISSEN? HILFE NAHT.

## WWW.DOPPELPUNKT.CH

Seit 1925. Das Wochenmagazin mit relevantem Journalismus für ein sinnstiftendes Leben.  
Jetzt den Doppelpunkt kostenlos und völlig unverbindlich kennenlernen!